

**Reaktionen auf den
Stadtparteitag**
Seite -3-

**Teddy soll nicht ins
Museum wandern**
Seite -6-

Warten auf Erinnerung
Seite -10-

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

2. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

28. Januar 2008

Soziale Aussonderung ist der größte Makel des deutschen Bildungssystems

(sk) Ende 2007 veröffentlichte das statistische Landesamt die Schulabgängerzahlen des Schuljahres 2006/2007. Durch den doppelten Abiturjahrgang stieg die Zahl der Schulabgänger im Vergleich zum Vorjahr um 3.425 Schüler auf 34.872. Die Abgängerzahl aus den Sekundar- und Förderschulen minimierte sich um 3.300 bzw. 400 Schüler. Dieser Rückgang ist ausschließlich der veränderten Bevölkerungsstruktur geschuldet.

Die GEW äußerte sich hierzu skeptisch, „Was jetzt offenbar wird, ist ein bildungspolitisches Desaster und gefährdet auf lange Sicht die wirtschaftliche Entwicklung des Landes“. Berechnungen der GEW ergaben, dass immer weniger Schüler eines Altersjahrganges höhere Schulabschlüsse erreichen, dafür immer mehr die Schule höchstens mit einem Hauptschulabschluss verlassen. Die Anzahl der Schüler, die die Schule ohne oder mit dem Abschluss der Förderschule verlassen, liegt derzeit bei 15%, der Anteil der Förderschüler liegt bei 7,5%. Der GEW-Landesvorsitzende Thomas Lippman kritisierte diesen Umstand als bildungspolitischen Skandal, insbesondere mit Förderschulen entstünden „regelrechte Bildungshettos“ für junge Menschen ohne Zukunftschance. Mit

Unverständnis habe man vor diesem Hintergrund zur Kenntnis genommen, dass sich Kultusminister Olbertz in den letzten Wochen mehrfach zur Schulabbrecher-Problematik geäußert, die Fehlentwicklungen bei den anderen Abschlüssen aber mit keinem Wort erwähnt habe. Mit Zahlenspielereien und statistischen Kunstgriffen versuchte das Ministerium, in der Öffentlichkeit den Eindruck einer allgemeinen und anhaltenden Verbesserung der Situation zu zeichnen. „Durch den Missbrauch der Statistik werden aber weder unsere Schüler klüger noch ihre Abschlüsse tatsächlich besser“, kritisierte Lippmann die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums, das die Augen vor den Realitäten verschleibe.

Diese Kritik der GEW rief zum Teil heftige Kritik im Land hervor. Kultusminister Olbertz wies die Kritik zurück, Es sei „unerträglich, mit welcher Bedenkenlosigkeit die GEW gerade die Schwächsten unter den Schülern stigmatisiere“. Haupt- und Förderschüler gehörten nach seiner Meinung nicht in die „Mißerfolgsstatistik“.

Die bildungspolitische Sprecherin unserer Landtagsfraktion Jutta Fiedler kommentierte die Schulabgangsstatistik und die Pressemitteilung der GEW wie folgt:

„Es ist das gute Recht einer Bildungsgewerkschaft wie der GEW, öffentlich auf Defizite der Bildungsqualität im Lande aufmerksam zu machen, wenn nach ihren Berechnungen 34,5 % aller Schüler ihren Weg ins Berufsleben ohne Real schulabschluss, das heißt ohne oder nur mit Hauptschulabschluss, beginnen.“

Die CDU hat bei ihrer Position, die Bezeichnung der Schulabschlüsse sei zweitrangig, übersehen, welchen Wert heutzutage der Hauptschulabschluss im Ausbildungsbereich besitzt - nämlich so gut wie keinen.

weiter auf Seite -2-

Das Linke Projekt nimmt Gestalt an.

Die Linke erreichte bei den Landtagswahlen in Hessen 5,1 %
und in Niedersachsen 7,1 %.
Wir gratulieren.

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

Soziale Aussonderung...

Fortsetzung von Seite -1-

Damit münden die enormen Anstrengungen junger Leute, die in die Hauptschule abgeschoben wurden, zwar in dem für sie persönlichen Erfolg eines Schulabschlusses, aber dennoch leider allzu oft in dem Misserfolg, keinen Ausbildungsplatz zu bekommen - von den Schulabgängern ohne Abschluss ganz zu schweigen.

DIE LINKE fordert individuelle Förderung für alle Schülerinnen und Schüler und längeres gemeinsames Lernen, damit in der Schule erreichte Erfolge eben nicht nur - wie die CDU meint - Ansprüche der Wirtschaft erfüllen, sondern auch individuellen Stolz und kritisch-selbstbewusste Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.“

Auch der Landesvorsitzende Matthias Höhn nahm dazu Stellung und forderte: Im Interesse der Bewältigung des eigentlichen Problems sollte die Diskussion schnell auf den eigentlichen Kern zurückgeführt werden. Und das Problem ist nicht zuerst die unglückliche Wortwahl - es ist die Tatsache, dass ein nicht hinnehmbarer Teil der jungen Menschen die Schule mit einem Bildungsgrad verläßt, der ihren persönlichen Lebensweg nachhaltig negativ prägt. Das ist durch viele Untersuchungen hinlänglich belegt. Ebenso belegt ist die Tatsache, dass soziale Armut und Bildungsarmut „vererbt“ werden. Diese soziale Aussonderung ist der größte Makel des deutschen Bildungssystems.

DIE LINKE wird darum nicht davon ablassen, für eine Schule für alle Kinder zu streiten, damit endlich Schluss gemacht wird mit der viel zu frühen Gliederung der Bildungswege und dem damit verbundenen Verbauen von Zukunftschancen für viele Kinder.

Michael Finger kandidiert für das Amt des Oberbürgermeisters von Merseburg

Ein Mathe-Lehrer, auf den unsere Stadt rechnen kann

So jedenfalls sehen ihn HALINA ANTON, PETRA ERNST und JUTTA WALTHER

Lehrer für Mathe und Physik, Ehemann und Familienvater, Stadtrat und Fraktionsvorsitzender, Opernliebhaber und Rockfan, Volkssportler und Skikursleiter, Liebhaber des Impressionismus und der Werke Sittes, Filmfreund und Leserratte - Michael Finger - unser Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Merseburg.

Michael, 55 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern, lebt seit 1978 in Merseburg. In Bad Suderode geboren, brachte ihn seine berufliche Tätigkeit als Lehrer in unsere Stadt. 1985 übernahm er als Schulleiter die Altenburger Oberschule und führte das Kollegium bis zur Auflösung der Schule. Seitdem unterrichtet er als Fachlehrer für Mathematik, Physik und Astronomie an der Goethe-Sekundarschule und ist hier als Personalratsvorsitzender tätig. Michael wurde 1990 als Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung Merseburg, Fraktion der PDS, gewählt. Seitdem ist er Vorsitzender der Fraktion und Mitglied im Hauptausschuss. Berufsbedingt gilt sein besonderes Augenmerk der Förderung und Bildung der Kinder und Jugendlichen der Stadt. 2003 übernahm er den Vorsitz des Bildungsausschusses. Im Aufsichtsrat der Gebäudewirtschaft setzt er sich konsequent für den Erhalt dieses wichtigen kommunalen Unternehmens ein. Weiterhin galt und gilt seine besondere Sorge den Arbeitsbedingungen der städtischen Freiwilligen Feuerwehr. Seine Vielseitigkeit und sein Interesse am Leben in unserer Dom- und Hochschulstadt zeigt sich auch in seinem Engagement im Förderverein Kino „Völkerfreundschaft“, im Verein der Freiwilligen Feuerwehr „Sankt Florian“, im Freundeskreis der Willi-Sitte-Galerie sowie in seiner Teilnahme an Wirtschafts-, Kultur- und Sportveranstaltungen. Michael ist korrekt, gewissenhaft, kniet sich in ein Problem hinein, kann andere von seiner Idee überzeugen. Er ist ein Bürger von Merseburg, der für die Stadt tätig ist, sich für ihre weitere Entwicklung einsetzt und das gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern verwirklichen möchte.

Die Autoren sind Mitglieder der Merseburger Stadtratsfraktion



Den erhobenen Zeigefinger - wie bei Lehrer Lämpel von Wilhelm Busch - erlebt man bei Michael wohl kaum. Vielmehr ist er ein Mensch und Kommunalpolitiker, der aufmerksam zuhören kann - wie hier bei einer Beratung der linken Fraktion des zeitweiligen Jugendparlaments unserer Dom- und Hochschulstadt.

Foto: Ralf Buschendorf

Reaktionen auf den Stadtparteitag vom 18. November 2007

Zu dem Beschluss des Stadtparteitages erreichte die Stadtratsfraktion und den Stadtvorstand nachfolgend abgedruckter Brief des Kreisverbandes DIE LINKE Freiburg. Den Brief beantwortete der Fraktionsvorsitzende Dr. Bodo Meerheim.

Liebe Genossinnen und Genossen, Ende November hat die Stadt Halle mit Zustimmung der LINKEN Halle beschlossen, Wohnungen, Grundstücke und Anteile an Wohnungsbau-Gesellschaften in Höhe von 335 Millionen Euro zu verkaufen. Die Begründung, man müsse den Haushalt sanieren und es würde die Zwangsverwaltung drohen, sind altbekannte Muster, um dem Privatisierungswahn Vorschub zu leisten. Auch wenn städtische Wohnungen jetzt an Genossenschaften verkauft werden, sind später Weiterverkäufe, beispielsweise an Hedge-Fonds, möglich.

Die Lüge von den Sachzwängen taucht bei Verkäufen öffentlichen Eigentums immer wieder auf. Die Ursachen der kommunalen Finanznöte sind jedoch vor allem in der verfehlten Steuerpolitik des Bundes zu finden. Sie liegen in Geschenken an die Konzerne und Vermögenden in Milliardenhöhe und am Zinssystem. Sie müssen daher auch dort angegangen werden. Geld ist genug da und man muss es holen, wo es

ist! Eine schrittweise Politik der Verarmung via Verkauf kommunalen Besitzes oder der Kürzung von Leistungen der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand löst die Probleme nicht. Sie schafft nur immer neue und verschärft gesamtgesellschaftliche Konflikte.

Die Erfahrungen in Kiel zeigen, dass die vermeintliche Entschuldung oft nur von kurzer Dauer ist. Nachdem kommunales Eigentum veräußert wurde, steht man ein paar Jahre später wieder vor demselben Problem. Nur hat man dann wohnungspolitisch nichts mehr zu sagen.

Dagegen zeigen die Erfahrungen in Freiburg und Leipzig, dass Widerstand gegen die neoliberale Enteignungspolitik nicht nur erfolgreich sein kann, sondern auch die Basis schafft für notwendige gesellschaftliche Umstrukturierungen. Öffentliches Eigentum bleibt ein wichtiges Instrument für sozialwirtschaftliche Stabilität.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn die LINKE Halle die Betroffenen stärken, einen Bürgerentscheid an-

streben, der verhindert, dass kommunaler Besitz in private Hände kommt und auf der kommunalen Ebene verschiedene Formen des Protestes initiieren würde. Damit kann die Bevölkerung aktiv in die Politik einbezogen werden.

Vermeintliche Sachzwänge können als rhetorische Verdrehungen entlarvt werden. Daher ist es ein Schritt in die richtige Richtung, Gesetzesänderungen im Landtag von Sachsen-Anhalt anzugehen, die u.a. ein Limit des Abbaus von Altschulden bis 2012 festlegen. Wir als die LINKE haben die Aufgabe, Druck auf Bundes- und Landesebene auszuüben. Auch bei uns in Freiburg wurde insbesondere von OB Salomon TINA (There Is No Alternative) ausgerufen. Wer soll denn in der Politik den Bürgern eine Alternative bieten, wenn nicht wir die LINKE?

Mit solidarischen Grüßen von der LINKEN Freiburg
Der Kreisvorstand

Antwort Dr. Bodo Meerheim:

Liebe Genossinnen und Genossen, Danke für Euren Brief zum Thema „Wohnungsverkäufe in Halle“. Als Fraktionsvorsitzender der LINKEN Halle möchte ich Euch darauf Antwort geben.

Grundsätzlich teilen wir Eure Einschätzung bezüglich der Ursachen der kommunalen Finanznöte und deren Folgen. Wir meinen, dass in unserer konkreten Situation in Halle sogar noch weitere Ursachen benannt werden müssen. Dabei handelt es sich um folgende:

1. Die Eigenfinanzierungsquote unseres Verwaltungshaushaltes liegt bei nur 22 % (weniger als die Hälfte

vergleichbarer Städte im Durchschnitt der alten Bundesländer). Dies hängt wiederum vor allem zusammen mit der geringen Wirtschaftskraft in der Stadt und der daraus resultierenden Einkommenssituation breiter Schichten der Bevölkerung.

2. Unser Haushalt hängt dem zufolge in über großem Maße von finanziellen Zuweisungen des Landes ab, die in den letzten 5 Jahren um 50 Mio. Euro abgesenkt wurden (bei einem Verwaltungshaushalt von ca. 500 Mio. Euro).

3. Wir haben in den vergangenen Jahren mit einem erheblichen Bevölkerungsverlust politisch um-

zugehen (1990 310.000 Einw. / 2007 230.000 Einw.). Damit einher geht der Prozess der schnellen Alterung der Bevölkerung und der Abwanderung junger Bevölkerungsteile wegen mangelnder Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

4. Im Land Sachsen-Anhalt haben wir auf kommunaler Ebene eine staatliche Struktur, welche die 3 bisher kreisfreien Städte des Landes nach unserer Auffassung wirtschaftlich und finanziell benachteiligt. Lösungsvorschläge hierzu liegen sowohl seitens der Landtags- und Stadtratsfraktion der LINKEN seit langem vor.

5. Wir als LINKE haben es als

stärkste Fraktion im Stadtrat trotz dieser oben genannten Punkte in den vergangenen Jahren geschafft und stets dafür gekämpft, große Begehrlichkeiten zum Abbau kommunaler, weicher Infrastrukturen zu stoppen und diese weiter vorzuhalten.

All diese Tatsachen führten nun zu einem aufgelaufenen Haushaltsdefizit zum Jahresabschluss 2007 in Höhe von ca. 285 Mio. Euro. In der Prognose bis 2012 würde dieses Defizit ohne weiteres Handeln bis auf die von Euch genannten ca. 335 Mio. Euro anwachsen. Wir zahlen heute jährlich bereits 10 Mio. Euro Zinsen für die Aufnahme von Krediten, um die laufenden Kosten aus dem Verwaltungshaushalt decken zu können. Das sind Gelder, die an anderer Stelle weitaus besser angelegt wären, statt sie den Banken in den Rachen zu schmeißen. Bei Nichthandeln würde selbstverständlich diese Zinslast ebenfalls anwachsen und den Banken Freude bereiten sowie zusätzliche Einschnitte im Verwaltungshaushalt zur Folge haben.

Diese schwierige finanzielle Situation der Stadt Halle hatte die übergeordnete Landesbehörde im Vorfeld des Haushaltsbeschlusses 2008 zum wiederholten Mal (seit 2002) veranlasst, schriftlich der Stadt im Rahmen einer Verfügung mitzutei-

len, dem drohenden finanziellen Kollaps Einhalt zu gebieten und entsprechende Vorschläge dazu zu unterbreiten. Sollte dies nicht erfolgen, so gab es erstmalig eine klare Ansage: Zwangsverwaltung !!!

Man zeigte in dieser Verfügung auch gleich an, in welche Richtung diese Zwangsverwaltung gehen würde: Streichung der sogenannten freiwilligen Leistungen (also Kultur, Sport, Kinder und Jugend, Frauen etc.) und den Verkauf kommunalen Eigentums mit der Stoßrichtung Komplettverkauf der kommunalen Wohnungsgesellschaften.

In dieser Lage hätten wir uns als LINKE natürlich auf die Position stellen können, wir sind gegen die Haushaltskonsolidierung, gegen die Kürzung der freiwilligen Leistungen und gegen die Tilgung des riesigen, die Stadt schwer belastenden Defizits. Was aber hätte diese Position den EinwohnerInnen unserer Stadt gebracht? Antwort:

1. Radikale Haushaltskonsolidierung.
2. Eindampfung der freiwilligen Leistungen und
3. das „Dresdner Modell“.

Nun gut, dann wäre unser Gewissen vielleicht rein, aber politisch hätten wir uns in der Stadt ins Abseits gestellt und auch für unsere WählerInnen nichts zustande gebracht. Wem nützt das? Es hätte

wohl eher denen politisch in die Hände gespielt, deren Vorstellungen wir politisch bekämpfen.

Wir haben uns anders entschieden - nach langen Diskussionen mit unserer Basis im Stadtverband, mit Vertretern von anderen Organisation, Vereinen (auch Mieterverein) und Initiativen.

Was haben wir mit unseren Positionen und dem politischen Druck, den wir im Vorfeld des von Euch kritisierten Beschlusses damit in der Öffentlichkeit, gegenüber der Verwaltungsspitze und den anderen politischen Parteien und Gruppierungen im Stadtrat erzeugen konnten, nun erreicht?

1. Wir haben soviel Druck erzeugt, dass sich niemand unserer politischen Kontrahenten im Rat wirklich an die „freiwilligen“ Leistungen in den Bereichen Kinder und Jugend, Soziales, Frauen, Sport, Umwelt und Kultur herantraute. Kahlschlag abgewehrt!

2. Wir haben das „Dresdner Modell“ eines Komplettverkaufs der kommunalen Wohnungsgesellschaften verhindert, mit allen heute schon in Praxis ablesbaren negativen Folgen für die Mieter und die Arbeitsplätze in Dresden.

3. Wir haben verhindert, dass Verkäufe von Wohnungsbeständen und Anteilen der Wohnungsgesellschaften z.B. an Hedge-Fonds

Der Basisverband Halle-Nord der Partei DIE LINKE lädt alle Interessierten zum öffentlichen Forum

„Kultur in Halle - Entwicklung, Stand und Perspektiven“

für Dienstag, den 19. Februar 2008 um 16 Uhr

in die Sekundarschule Halle-Nord, Ernst-Schneller-Str. 1, Raum 110 ein.

Als Diskussionspartner werden die Stadträte der Fraktion DIE LINKE

Dr. Erwin Bartsch, Erhard Preuk und Rudenz Schramm anwesend sein.

möglich sind.

4. Wir haben verhindert, dass mehr als 24,9 % der Anteile an den kommunalen Wohnungsgesellschaften verkauft werden sollen und somit eine beherrschende Stellung des möglichen neuen Miteigentümers im Unternehmen.

5. Wir haben über unsere Mandate in den Aufsichtsräten der Gesellschaften und im Finanzausschuss erreicht, dass der Anteil der beiden Wohnungsgesellschaften zur Deckung des Defizits von 335 Mio. Euro auf 214 Mio. Euro abgesenkt wurde. Die 335 Mio. Euro hätten nämlich in Wahrheit auf Umwegen den Komplettverkauf des größeren der beiden kommunalen Wohnungsunternehmen zur Folge gehabt, was neben der CDU auch anderen politischen Kräften (FDP und Wählervereinigungen) durchaus ins Konzept gepasst hätte.

6. Wir haben verhindert, dass Teile unserer Stadtwerke (Wasser, Abwasser, Strom, Heizung, Müllentsorgung, etc.) oder unser Verkehrsunternehmen veräußert werden.

Was ist nun besser?

Warten, bis die Ursachen der finanziellen Not der Kommunen beseitigt sind und unsere politischen Kontrahenten möglicherweise Tabula rasa machen oder zeitnah politisch handeln und sehen, wie man sich für und mit den Betroffenen einbringen kann.

Welche andere Alternativen sollten wir wählen? Sagt uns welche? Ihr könnt uns glauben, dass uns diese Beschlüsse nicht leicht gefallen sind und wir es uns auch nicht leicht gemacht haben, eben weil wir Dresden in Halle verhindern wollten, eben weil wir Leistungen der Daseinsvorsorge weiter in mehrheitlich kommunaler Hand behalten wollten und eben weil wir keinen Kahlschlag im

weichen Infrastrukturbereich zulassen konnten.

Auch wir haben die Initiierung eines Bürgerbegehrens ins Auge gefasst (bei Komplettverkauf bzw. Teilverkauf an Hedge Fonds u.ä.) und dazu mit möglichen Partnern gesprochen. Doch ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt und im politischen Raum in Halle eine andere als vielleicht bei Euch und die Reaktion möglicher Betroffener ebenfalls, und dies trotz relativ guter Informationen über die Vorhaben der Stadtverwaltung seitens der Medien in Halle und auch durch unsere Partei sowie die Fraktion. Die Reaktionen aus der Bevölkerung waren defacto gleich null. Dies liegt sicher auch daran, dass unsere beiden Wohnungsgesellschaften zu den Vermietern in der Stadt gehören, die schon vergleichsweise hohe Mieten haben (hoher Modernisierungs- bzw. Sanierungsgrad). Im Übrigen haben die Mieter in der Vergangenheit bei den Zwangsprivatisierungen nach dem Altschuldenhilfegesetz nicht massenhaft schlechte Erfahrungen mit ihren neuen Vermietern gemacht. Wir haben hier einen Mieter-Markt, keinen Vermieter-Markt.

Und nach einem Bürgerbegehren hätten wir noch immer die oben beschriebene Ausgangssituation. Der nächste Schritt wäre ein Bürgerentscheid. Ein Bürgerentscheid verlangt aber entsprechend der hiesigen Landesgesetzgebung einen konkreten Alternativvorschlag. Die einfache Ablehnung einer Sache genügt nicht. Nach der Analyse der Stimmungslage, der politischen Konstellation, der Fähigkeiten zur Mobilisierung usw. kamen wir gemeinsam mit unseren Partnern zu dem Schluss, es besser im Rahmen des Stadtrates mit den Möglichkeiten unserer Fraktion und Partei auszu-

kämpfen und so das Risiko einer Abstimmungsniederlage bei einem Bürgerentscheid zu umgehen. Dies hätte im Falle einer Niederlage faktisch eine Freibrief für die politischen Gegner zur vollständigen Privatisierung der beiden kommunalen Wohnungsgesellschaften und darüber hinaus von kommunalem Eigentum ergeben. Wir haben statt dessen versucht, mit unseren Mitteln Öffentlichkeit und politischen Druck zu erzeugen. Und das Ergebnis dieses politischen Kampfes ist nach unserer Ansicht weitaus besser als die Vorstellungen des Zwangsverwalters, der Verwaltungsspitze und so manchen politischen Gegners verwirklicht zu sehen.

Gleichwohl ist uns bewusst, dass mit diesen Lösungen nicht alle angesprochenen Probleme aus der Welt und die Ursachen nicht bekämpft sind. Aber sollten wir die anderen einfach machen lassen oder das Risiko der Zwangsverwaltung Wirklichkeit werden lassen?

Mit solidarischen Grüßen von der Fraktion der LINKEN im Stadtrat Halle

Dr. Bodo Meerheim, Fraktionsvorsitzender

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
24.01.2008
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 07.02.2008

Leserbrief

Teddy soll nicht ins Museum wandern

Seit vielen Monaten kämpfe ich um das Ernst-Thälmann-Denkmal am jetzigen Standort.

Herr Martini, Tiefbauamt, sagte mir damals, dass ein geplanter Geh- und Radweg von der Prof.-Friedrich-Hoffmann-Straße zu den Franckeschen Stiftungen die Demontage des Denkmals erforderlich mache. Die Büste Ernst Thälmanns soll mit Beginn der Bauarbeiten in den Fundus der halleschen Museen aufgenommen werden. Das heißt, Teddy soll neben der Lenin-Büste im Grünflächenamt, in der Liebenauer Straße, neben Betonabfällen entsorgt werden. Selbst in Schreiben und Gesprächen mit Herrn Dr. Hirte, Direktor der halleschen Museen, kam zum Ausdruck, dass er diese Entscheidung für falsch halte und die Errichtung eines Lapidariums im Hof des Christian-Wolff-Hauses, Märkerstraße 10, anstrebe. Hier sollen alle Denkmale der revolutionären Arbeiterbewegung stehen können. Aber Herr Dr. Hirte hat dafür kein Geld.

Inzwischen ist aber im Gelände der Franckeschen Stiftungen ein Alten- und Pflegeheim erbaut worden, der Weg kann wie geplant nicht mehr gebaut werden. Das Thälmann-Denkmal stört jetzt nicht mehr, oder doch?

Anfang März 2007 gab ich der Redaktion der Mitteldeutschen Zeitung einen Artikel mit Fotos zur Veröffentlichung, alle interessierten Bürger sollten informiert und aufgemuntert werden, sich für den Erhalt des Thälmann-Denkmales einzusetzen. Am 20. Juni 2007 erschien in der MZ ein Artikel -"Teddy" wandert ins Museum- von der Redakteurin Katja Pausch, so gut recherchiert, dass ich meinen eigenen Artikel nicht wiedererkannte. Ich war entsetzt! Die Redakteurin hat bis heute nicht den Mut gefun-

den, auf mein Schreiben, nach der Veröffentlichung in der MZ, zu antworten. Auch Anfang März erhielt die Redaktion der BILD-Zeitung meinen Artikel mit Fotos. Ich wurde immer wieder vertröstet, die Veröffentlichung blieb aus. Bestimmt missfiel den Redakteuren der Inhalt des Artikels.

Der wahre Wortlaut wurde im Juli, der 11. Ausgabe 2007, im Linken Blatt veröffentlicht. Im Amts-Blatt, vom 07. November 2007 las ich die Ausschreibung zum Bau des Geh- und Radweges, unter anderem, „Umsetzen einer Büste“, da konnte es sich nur um das Thälmann-Denkmal handeln. Am 19. November 2007 hatte ich im Technischen Rathaus, Bereich Stadtentwicklung und Planung, bei Herrn Saupe Einblick in die Planungsunterlagen des neuen Geh- und Radweges, der nun gar nicht mehr die Demontage des Ernst-Thälmann-Denkmales erforderlich machte. Mit diesem Wissen sprach ich mit Herrn Wagner vom Tiefbauamt. Er machte mir Mut, es gibt eine Alternative zum Bau des Weges und zum Erhalt des Denkmals, allerdings mit Mehrkosten.

Am 20. November 2007 tagte der Stadtrat, meine schriftliche Anmeldung zur Einwohnerfragestunde beinhaltete die Frage: „Gibt es eine Möglichkeit, den erforderlichen Rollstuhlweg für unsere behinderten Bürger zu bauen und gleichzeitig das Ernst-Thälmann-Denkmal für Halle am Standort zu erhalten?“ All das, in diesem Artikel geschriebene, gab ich bei der Frau Oberbürgermeisterin Szabados und ihren Beigeordneten ab, mit der Bitte, meine Frage mir schriftlich zu beantworten. Zusätzlich schrieb ich: „Ernst Thälmann war ein standhafter Antifaschist, unbeugsam blieb er bis zu seiner Ermordung am 18. August 1944 im KZ Buchenwald.

Die Ideologie seiner Mörder erstarkt beängstigend wieder in unserem Land! Ernst Thälmann, mag jeder über ihn denken wie er es für richtig hält, hat eine große Symbolkraft gegen das Wiedererstarken des Nazismus mit seinen Verbrechen. Das Ernst-Thälmann-Denkmal muss für Halle am Standort erhalten bleiben. Die Büste Thälmanns gehört nicht auf einen Hinterhof und schon gar nicht neben die seit Jahren entsorgte Lenin-Büste zwischen Betonabfällen ins Grünflächenamt in der Liebenauer Straße.

Am 12. Dezember 2007 tagte der Stadtrat wieder, während der Einwohnerfragestunde wurde mir das Antwortschreiben übergeben. Auf meine Frage schrieb Herr Dr. Pohlack (SPD), als Beigeordneter zum Erhalt des Thälmann-Denkmales. Er schrieb, dass die Schaffung einer behindertengerechten Wegverbindung zu den Franckeschen Stiftungen unbedingt notwendig ist. „Das ehemalige Denkmal steht nicht auf der Denkmalliste des Landes Sachsen-Anhalt. Beim Anschluss der Prof.-Friedrich-Hoffmann-Straße an die Francke-Straße wurden die Bronzeplatten demontiert, zum Lagerplatz transportiert sowie Natursteinsockel abgebrochen. Teile des Gesamtensembles wurden damit bereits entfernt, so dass aus topographischen und gestalterischen Gründen nichts dagegen steht, die restlichen Teile des ehemaligen Denkmals ebenfalls zu beräumen.

In den Planungen wurden die einzelnen Varianten zum Erhalt oder Rückbau geprüft und abgewogen. Eine Erhaltung des Sockels mit der Büste ist nur um das unmittelbare Areal am jetzigen Standort möglich. Durch entsprechende Geländeanpassungen wäre es entsprechend

der durchgeführten Prüfung technisch möglich, dass der Sockel mit der Büste standsicher stehen bleiben kann.

Die endgültige Entscheidung, ob das ehemalige Denkmal am jetzigen Standort verbleibt oder zurückgebaut und eingelagert werden kann, steht noch aus - die oben geschilderten Baumaßnahmen lassen jedwede Entscheidung zu.“

Ich war enttäuscht, jedoch der letzte Satz verbarg Hoffnung für das Ernst-Thälmann-Denkmal.

Stadtrat, Dr. Erwin Bartsch, Mitglied des Kulturausschusses, stellte die Frage, dass im Amtsblatt die Ausschreibung über das Umsetzen einer Büste wohl der Thälmann-Büste gelte. Wohin solle die Büste umgesetzt werden und wie hoch

sind die geplanten Kosten? Gegen 16:15 Uhr antwortete Herr Dr. Pohlack auf die Frage. Der behindertengerechte Geh- und Radweg wird gebaut und das Denkmal bleibt stehen, aber man behalte es sich vor, das Denkmal später zu demontieren und einzulagern.

Am 9. Januar 2008 hat der Kulturausschuss im Wappensaal des Stadthauses auch über den Standort des Ernst-Thälmann-Denkmal diskutiert und beraten. Ich hoffe und wünsche mir für das Jahr 2008, dass der Standort für unseren Teddy erhalten bleibt. Durch den Stadtumbau steht er jetzt erst recht richtig. Wenn man vom Riebeckplatz kommt, können ihn täglich Zehntausende sehen. Er mahnt uns: „Vergiss die dunklen Stunden nicht, wenn der

Tag dir strahlend lacht. Und wenn du selbst dann stehst im Licht, vergiss sie nicht die Nacht. Es könnte sein, Vergangenes kehrt zurück. Wenn du schweigst und vergisst, dein Gewissen müde ist, dann zerrinnt, dann zerrinnt auch dein Glück“ (Gisela May)

Hoffen wir, dass auch in Zukunft alle linksgerichteten Parteien und Organisationen sowie ihre Sympathisanten sich am 16. April und 18. August am Ernst-Thälmann-Denkmal treffen können, um Teddy zu ehren und zu gedenken, gerade auch mit Sorge vor dem Erstarren der neuen Nazis.

Gert Aurich
Sympathisant der linken Politik
03. Januar 2008

Nachdenken über den Umgang mit der Oktoberrevolution am 11. Februar mit Stefan Bollinger

Die Geschichte der russischen Revolution oder genauer die der russischen Revolution von 1917 lässt sich unterschiedlich erzählen. Obschon der Oktoberumsturz eine der unblutigsten Veranstaltungen der Geschichte war, kommt die Formel von den Revolutionen als den „Festtage(n) der Unterdrückten und Ausgebeuteten“, an denen „das Volk ... fähig (ist), Wunder zu wirken“ (Lenin), schwer von den Lippen. Zu gut bekannt sind die unmittelbaren Folgen in Bürger- und Interventionskriegen, vor allem die blutige Spur bei den Mühen der Ebenen, unnötige und inakzeptable Spuren von liquidierten eigenen Kampfgenossen wie von vermeintlichen Gegnern der neuen Ordnung, von zerbrochenen Biographien ganz zu schweigen. Diese verheerenden und desillusionierenden Vorgänge kontrastieren mit dem Enthusiasmus zu Zeiten des Oktobers, an den Fronten des Bürgerkriegs und später in den antifaschistischen Kämpfen, im alltäglichen sozialistischen Aufbau. Zwangsläufig wird unsere Generation die Oktoberrevolution als eine Revolution mit der Perspektive, dem Resultat ihres Scheiterns 1989/91 erfassen, obschon sie weiß, dass eine Geschichtsbetrachtung vom Ende her zweifelhaft ist. Zu oft waren alle Mittel recht, um eine menschlichere Ordnung zu erzwingen. Gerade weil die Opfer und Verbrechen einer Ordnung, die Ausbeutung und Unterdrückung abschaffen wollte, unübersehbar sind, sind sie nur problematisch aufrechenbar gegen die zumindest zeitweise wirksame Vorbildfunktion und die praktischen Verbesserungen im Leben unterm Roten Stern im Ostblock. Dieses Leben brachte zivilisatorische Leistungen hervor und hatte Fern- und Beispielwirkung auch auf die westlichen Länder und ihre Arbeiterbewegung wie auf die Befreiung der Kolonien dieser Welt. 1989/91 stand die Linke in Ost und West vor den Trümmern und Träumen ihrer Sozialismen. Insofern wäre ein selbstkritisches Verhalten aller linken Strömungen über ihr Versagen im I. Weltkrieg und danach bei der Durchsetzung ihrer - sicher sehr unterschiedlich verstandenen - Vorstellungen von einer sozial gerechten, ausbeutungs- und unterdrückungsfreien Gesellschaft das eigentliche Thema auch für heutige linke Diskussionen. Es ginge dann nicht nur um die kommunistische Bewegung im Geiste Lenins, sondern auch um die sozialreformerischen und libertär anarchistischen Ideen und Bewegungen. Welchen Einfluss haben die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes auf seine Mittel und Methoden? Was bleibt vom Roten Oktober für eine Linke heute und morgen? Der Autor des Buches „Die Oktoberrevolution im Widerstreit. Hoffnungen und Irrwege“ lädt zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e. V. zur Diskussion ein in das Cafe „Biohope“ (Mittelstr. 9), am Montag, dem 11. Februar, 18.30 Uhr.

Unfares Vorgehen des Amtsgerichts Halle gegen den Abgeordneten Uwe Heft

Seit dem 23.01.2008 wird die Fraktion mit Anfragen konfrontiert, wie sie mit dem Fakt umgehen will, dass ihr Mitglied Uwe Heft vom Amtsgericht Halle einen Strafbefehl erhalten wird. Dieser soll nach Medienangaben 150 Tagessätze wegen Betrug, Beleidigung und Hausfriedensbruch betragen. Der Fraktionsvorsitzende Wulf Gallert erklärt dazu folgendes: „Zum Zeitpunkt des Beginns der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hat Uwe Heft die Fraktion darüber informiert und dargelegt, dass die erhobenen Vorwürfe aus seiner Sicht nicht zutreffen. Er hat bis zum jetzigen Zeitpunkt keinerlei Informationen darüber, dass gegen ihn ein Strafbefehl existiert bzw. was er enthält. Es ist daher ihm und erst recht der Fraktion unmöglich, dazu Stellung zu nehmen.

Ich bewerte dieses Verhalten des Amtsgerichts Halle als äußerst unfaires Vorgehen gegenüber den Beteiligten des Verfahrens. Es wäre nicht nur die juristische Pflicht, sondern einfach die Befolgung einer allgemeingültigen Anstandsregel gewesen, wenn Uwe Heft von dieser Entscheidung vor den Medien erfahren hätte.

Da dies leider nicht geschehen ist, gibt das Verhalten des Amtsgerichts selbst Anlass zur Spekulation. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Produktion von Schlagzeilen wichtiger zu sein scheint, als die Erfüllung rechtspflegerischer Aufgaben.

Dies wird die Fraktion in die Bewertung des Vorganges einbeziehen.“

Nebenan 1

Halle ist bekanntlich umgeben vom Saalekreis.

Nebenan macht daher auch im Jahre 2008 auf Dieses und Jenes aufmerksam, das die Bürger sowohl der Großstadt als auch des Landkreises betrifft.

Zu den grossen Dingen, die in 2008 geklärt werden solle, gehören:

- der Landesfinanzausgleich, also die Festlegung der Verteilung der Landesmittel auf Städte, Kreise und Kommunen per Landesgesetz - Wieviel Geld vom Land bekommt wer?
- Die Gemeindegebietsreform, also der Zusammenschluss der Kommunen zu Einheits- oder Verbandsgemeinden, auch durch Eingemeindungen. - Wer schliesst sich wem an und verliert seine Selbstständigkeit?

Es ist also bei beiden Aufgaben das Stadt - Umland - Problem betroffen. Das Problem ist aber nicht nur ein finanzielles oder juristisches, sondern zugleich ein atmosphärisches, von den Bürgerinnen und Bürgen getragenes. Die Partei Die LINKE hat kein Interesse an Feindschaften zwischen den Dörfern oder zwischen der Stadt Halle und ihrem Umfeld, sie plädiert für sachliche Information. Der Beschluss des Parteitages der LINKEN vom 30. Junie 2007 „Zukunftswerkstatt Halle“ sieht vor, dass sich „der Stadtverband eingehend mit den Fragen der Entwicklung unserer Stadt und Region“ befasst und hat den Stadtvorstand mit konkreten Aufgaben in 2008 betraut.

Übrigens, zu den grossen Dingen für 2008 gehört auch die Stärkung der LINKEN in Stadt und Umland.

G.Nau

Blanker Populismus

Die Grünen fordern die Einführung eines bundesweit geltenden Kindergartenpflichtjahres, um die Integration von Einwandererkindern zu verbessern. Dazu erklärt das Mitglied des Parteivorstandes Rosemarie Hein:

Seit alle Parteien die Bedeutung frühkindlicher Bildung für die Lebenschancen junger Menschen entdeckt haben, überschlagen sich die politischen Parteien in einer Ankündigungspolitik. Nun scheinen - entgegen ihren früheren Gewohnheiten - auch die Grünen das Kindergartenpflichtjahr vor der Schule zu entdecken. Das allein ist allerdings zu wenig. DIE LINKE setzt andere Prämissen: Wir wollen, dass alle Kinder vom ersten Lebensjahr an die Möglichkeit haben, eine Kinder-einrichtung zu besuchen, um sich gemeinsam mit anderen Kindern alle Lernwelten zu erschließen. Nicht erst im letzten Vorschuljahr, denn neuere wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, welchen Vorteil dieses gemeinsame Lernen hat. Es nur auf das letzte Vorschuljahr beschränken zu wollen, bleibt hinter den Erfordernissen zurück. Eine langfristige Vorbereitung auf den Übergang in die Grundschule wäre ein erster Schritt für Chancengleichheit. Derzeit fehlen allerdings ausreichend Ganztagskitaplätze, es fehlt ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung, es fehlen ausgebildete Erzieherinnen, es fehlt überhaupt an Einrichtungen, es fehlt ein Zugehen auf die Familien, um ihnen die Bedeutung frühkindlicher Bildung auch für ihr Kind plausibel und entsprechende Angebote zu machen, es fehlt an einer ausgewogenen Finanzierung, die es auch Kindern aus sozial benachteiligten Elternhäusern möglich macht, ein solches Angebot anzunehmen - wenn es denn vor Ort überhaupt vorhanden ist...

Die Liste der Defizite ist lang - die Forderung nach einer Kita-Pflicht daher blanker Populismus.

DIE LINKE Halle fordert Strategie zur Bekämpfung der Kinderarmut in Halle

In der Stadt Halle (Saale) leben ca. 9.500 Kinder in 22.577 Bedarfsgemeinschaften. Kinder in dieser Lebenslage sind im hohen Maße von materieller Armut, aber auch von Bildungsarmut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Kinderarmut bedarf zu ihrer Bewältigung das Zusammenwirken aller Politikbereiche und -ebenen, von der Bundes- über die Landes- bis zur Kommunalebene. Die Stadtratsfraktion hat deshalb beantragt, dass durch die Stadt Halle eine Strategie zur Bekämpfung und Überwindung der Kinderarmut in Halle erarbeitet wird.

Der Antrag wird vom Stadtrat in seiner Sitzung am 30. Januar behandelt, er lautet wie folgt:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, im 2. Quartal des Jahres 2008 einen Bericht zur Lage der in Armut lebenden Kinder in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen.

2. Neben einer analytischen Darstellung sollen insbesondere bisherige Maßnahmen gegen Kinderarmut und mögliche ressortübergreifende Handlungskonzepte vorgeschlagen werden. Folgende Eckpunkte sollten Berücksichtigung finden:

* Verbesserung der materiellen Lebenssituation armutsgefährdeter Kinder und Jugendlicher, u. a. durch Leistungen des Halle-Passes

* Einsatz der Stadt Halle (Saale) für einen eigenständigen Regelsatz für Kinder und Jugendliche

* Neuausrichtung bzw. Anpassung an Gesundheitsziele der Stadt Halle (Saale) an den Lebenslagen von Armut betroffener und armutsgefährdeter Kinder und Jugendlicher

* Schaffung von Präferenzregelungen zur Benachteiligtenförderung und von Schnittstellen zur Armutsbekämpfung in und zwischen den Förderrichtlinien der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines ressortübergreifenden Ansatzes.

3. Aufbauend auf bisherige Tagungen und Konferenzen zu dieser Thematik und in enger Zusammenarbeit mit Interessenverbänden, Einrichtungen und Organisationen und dem „Arbeitskreis Armut“ sollen bis September 2008 im Rahmen einer Konferenz konkrete kommunale Möglichkeiten zur Reduzierung und Vermeidung von Kinderarmut aufgezeigt und Schritte zur Umsetzung beraten werden.

4. Über eingeleitete Schritte und den Stand der Vorbereitung zur Umsetzung des Beschlusses soll im Dezember 2008 im Stadtrat berichtet werden.

Die Stadtverwaltung hat dem Stadtrat empfohlen, diesem Antrag zuzustimmen.

Nebenan 2

Vorläufiges Ergebnis des

Bürgerentscheides in Leipzig:

Mit 148767 (87,4%) Ja

Stimmern, entschieden sich die

Leipziger dafür, dass die

kommunalen Unternehmen und

Betriebe der Stadt Leipzig, die

der Daseinsvorsorge dienen,

weiterhin zu 100 % in kommunalem

Eigentum verbleiben.

Terminänderung

Auf der letzten Basisberatung wurde bekanntgegeben, dass am 06. Februar 2008 in der Volkssolidarität am Böllberger Weg eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit unserer Bundestagsabgeordneten Dr. Petra Sitte stattfindet.

Wegen eines dringenden anderen Termins, kann Petra Sitte leider diese Veranstaltung nicht wahrnehmen.

Neuer Termin:

26. Februar 2008

15:30 Uhr

Volkssolidarität am Böllberger Weg



Am 18. Januar 2008 machte der Zug der Erinnerung Station in Halle, Starke Beteiligung an allen 3 Tagen; insges. 8.000 Besucher, bes. viele Schulklassen.

Sozialticket auch ein Thema für Halle?

Erfahrungsaustausch bei der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Am 21. Januar 2008 nahm ich für den Stadtverband Halle an dem Erfahrungsaustausch der Bundestagsfraktion zum Thema „Sozialticket“ teil. Hier sollte es sich wieder als richtig erweisen, dass ein Erfahrungsaustausch noch immer die billigste Investition ist. Zugleich diente die Zusammenkunft der Vernetzung aller in Deutschland wirkenden Initiativen für die Einführung eines Sozialtickets.

Zur Zeit gibt es deutschlandweit 28 solcher außerparlamentarischen Zusammenschlüsse. 13 von ihnen können mit der Einführung eines Sozialtickets in ihrer Kommune einen Erfolg vorweisen.

Ich wünsche mir auch für Halle, dass das Thema Sozialticket im kommenden Kommunalwahlkampf eine wichtige Rolle spielt.

In der Diskussion stellte sich sehr schnell ein entscheidender Unterschied der Herangehensweisen heraus. Nämlich der, dass in Berlin das Sozialticket von „oben“ eingeführt wurde. Hier ist DIE LINKE Teil der Regierung. In allen anderen Kommunen wird das Sozialticket von „unten“ erkämpft.

Worum geht es beim Sozialticket überhaupt?

Armen ganz unterschiedlicher Milieus wird die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Zu ihnen gehören Hartz-IV-LeistungsbezieherInnen, SozialhilfeempfängerInnen, EmpfängerInnen von Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, SchülerInnen und StudentenInnen und natürlich von Altersarmut betroffene RentnerInnen. Hier geht es nicht nur um die in der Argumentation oft erwähnte Mobilität, sondern wie das Wort Ermöglichung zeigt, auch um Demokratie. Den sonst in ihren Wohnungen „angeketteten“ Menschen wird die Teilnahme an demo-

kratischen Prozessen gewährleistet. Eine übertriebene Darstellung?

Wohl kaum, wenn man beachtet, dass im Hartz-IV-Regelsatz nach der Einkommensverbraucherstichprobe von 2003 für sogenannte fremde Verkehrsleistungen 14,11 Euro vorgesehen sind. Das beinhaltet im Übrigen auch den Fernverkehr. Zur Verdeutlichung. Eine ABO-Monatskarte für den Stadtverkehr in Halle kostet mit 34,60 Euro mehr als doppelt soviel. Ein Einzelfahrschein, Kurzstrecke !!!, kostet 1,20 Euro und auch wenn es billigere 4-Fahrtenkarten gibt, wird hier klar, dass ein Erwerbsloser in der Stadt nicht viele Fahrten tätigen kann. Da haben wir bis hierher noch nicht über den Besuch von Freunden, Eltern und Verwandten, z.B. in Hannover, nachgedacht.

Warum ist das Sozialticket für den Kommunalwahlkampf besonders geeignet?

Wie kein anders Thema bündelt es ganz verschiedene Vorteile, weil:

1. das Ziel realistisch und erreichbar ist;
2. erfahrungsgemäß parlamentarische mit außerparlamentarischer Arbeit verbunden wird;
3. Mitinitiatoren unterschiedlicher sozialer Herkunft aktiviert werden;
4. Interessen ausgeglichen werden, z.B. sind Gewerbetreibende in der Innenstadt an Kunden vom Stadtrand interessiert;
5. soziale, politische und ökologische Aspekte berücksichtigt werden;
6. Arbeitsplätze erhalten werden;
7. Stadtentwicklung aktiv begleitet wird und schließlich
8. das ist für mich ganz besonders wichtig, hier nicht nur Politik für, sondern auch mit vielen Menschen gemacht wird.

Wolfgang Geutjes

Mitglied des Stadtvorstandes

Warten auf Erinnerung

Es war schon ein überraschendes und zugleich beeindruckendes Bild am Abend des 18. Januars 2008 auf Bahnsteig 12 des halleschen Hauptbahnhofs. Vor einem Zug stand eine Wartenschlange, rund 60 Meter lang, in Dreierreihen, etwa 150 Menschen. Bekannte Gesichter waren dabei, aber auch viele Eltern mit ihren Kindern. Ankommende Reisende wunderten sich über diesen, den ganzen Tag nicht abbreißenden Menschenstrom. Das Interesse galt dem „Zug der Erinnerung“. Der Zug transportiert eine Ausstellung über das Schicksal von mehr als 12.000 Kindern aus Deutschland, die in die Vernichtungslager verschleppt wurden, in extra dafür hergerichteten Eisenbahnwaggons.

60 Minuten musste man warten. Bemerkenswert für mich war auch die Atmosphäre in der Ausstellung

selbst. Kein lautes Wort, trotz der Enge, interessiertes stilles Aufnehmen der vielen grausamen Details, der Verbrechen, der Schicksale ganzer Familien, jüdischer Kinder, von Sinti und Roma und von Leben, was für manchen, sogenannten „Arzt“ nicht lebenswert war. Zahlreiche Schautafeln, viele Fotos und Dokumente der Familien und des organisierten Massenmordes, sogar eine kurze Filmsequenz in den ehemaligen Abteilen eines Personenzuges machten betroffen. Beleuchtet wird auch die Schuld der Deutschen Reichsbahn. Bis in Detail wurden die Massendeportationen, vor allem von Kindern, von großen und kleinen Beamten, Funktionären, Logistikern und Ministerien geplant und ausgeführt. Im Nachhinein konnte man sich an nichts erinnern, Theresienstadt und Ausch-

witz waren sozusagen nur „Reiseziele“. Viele dieser Schreibtischmörder setzten nach dem Krieg ungerührt ihr Tun fort, Gewissen Fehlanzeige und das ist wohl auch heute noch so. Die Deutsche Bahn AG scheint nicht nur mit den Lokführern und Reisenden ein Problem zu haben, sondern auch mit der Vergangenheitsbewältigung. Wie anders ist es sonst zu erklären, dass es seitens der Verantwortlichen nicht nur keinerlei Unterstützung gibt, sondern die Deutsche Bahn AG am „Zug der Erinnerung“ auch noch kräftig verdienen wird. Trassengebühren, Abschlussgebühren, Stationsgebühren und was weiß ich noch für Forderungen sind gelinde gesagt ein Skandal!

Bereichert wird die Ausstellung nicht nur durch ein umfangreiches Beiprogramm mit Buchlesungen, Zeitzeugen und Dokumentarfilmen, sondern auch durch die Projekte halescher Schulen. Die Ausstellung erhält damit nicht nur einen lokalen Bezug (Schicksale jüdischer Menschen in Halle, Aktion Stolpersteine), sondern zeigt das Interesse, sich mit gar nicht so ferner Geschichte und den aktuellen Bezügen zu beschäftigen. „Jedoch denke ich, dass das Ausmaß dieser Massenvernichtung über meine Vorstellung hinausgeht...“, schrieb eine Schülerin des haleschen Südstädtgymnasiums nach einer Studienfahrt nach Auschwitz im Oktober 2007. Ich denke, dass diese Erkenntnisse die 60 Minuten Anstehen vergessen machen.

Übrigens, wer in Halle nicht die Möglichkeit hatte, diese besondere Ausstellung zu sehen, hat vom 29. - 31. Januar 2008 im Leipziger Hauptbahnhof dazu erneut Gelegenheit. Interessant ist auch die dazugehörige Internetseite

www.zug-der-erinnerung.eu.

Rüdiger Schneidewind

Buchtipps

Havemann

Heftig wie ein Wintergewitter kommt Havemann über Berlin, über Deutschland, Ost- wie West. So vieles ist umzudrehen und anzuzweifeln, zu enthüllen und aufzudecken, zu ergänzen und gerade zu rücken, so vieles zum ersten Mal zu erzählen, wenn die Geschichte der Familie Havemann über drei Generationen bis hinein in die unmittelbare Gegenwart ihres Autors dargestellt-oder wie Havemann sagt: „behauptet“-werden soll.

Über die geteilte Stadt hat man uns viel erzählt: Ostberlin, den sowjetischen Sektor, die Hauptstadt der untergegangenen DDR, die in Anekdoten und Geschichten von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern, Amtsträgern und Ausgewiesenen überlebt. Fast 20 Jahre nach dem Mauerfall jedoch ist Ostberlin, dieser Eigenkosmos mit Aussenwirkung, noch immer ein Rätsel. Was geschah damals in Ostberlin wirklich, in der inzestuös übersichtlichen Enge, in der Kultur nicht ohne Politik, Abweichung nicht ohne Staatssicherheit, Loyalität nicht ohne Verrat zu haben waren?... In welcher Wahrheit haben wir uns eingerichtet? Des Autors grosser Bericht über Familie Havemann, Vater Robert, den bekanntesten Dissidenten der DDR, und das eigene Leben in Ostberlin und, ab 1971, in Westdeutschland-als junger Rebell, Künstler, Linker, Flüchtling, als Aussenseiter mit Ambitionen, künstlerischen und politischen, und als Verfassungsrichter-wirft, ohne mit Hieben und Seitenhieben zu sparen, zahllose Einsichten und Antworten ab. Havemann erzählt, klärt auf und greift ein.

Havemann provoziert. „Alle kennen Havemann. Keiner kennt Havemann.“ Der Großvater Hans Havemann, Doktor der Philosophie, Gymnasiallehrer, Autor von Theaterstücken, philosophischen Büchern, Zeitungsredakteur, Feuilletonchef, dann Geologe, Arbeit in der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1933 Mitglied der NSDAP, dann 1946 der SED.

Der Vater: Robert Havemann, Doktor der Philosophie, Naturwissenschaftler, Erfinder, Institutsdirektor, Professor, Autor, Widerstandskämpfer, durch die Nazis zum Tode verurteilt, Mitglied der SED, Abgeordneter der Volkskammer der DDR, Oppositioneller, Dissident, unter Hausarrest.

Der Sohn: Florian Havemann, Maler, Komponist, Autor, Arbeit als Elektriker, Reinigungskraft, Bühnenbildstudium, 1968 in der DDR wegen staatsfeindlicher Hetze im Gefängnis, Flucht in den Westen, Verfassungsrichter im Lande Brandenburg, Kandidat der PDS für die Bundestagswahl 2002...“ (Florian Havemann)

Florian Havemann, „Havemann“, Suhrkamp Verlag, 1000 Seiten, Broschur, 28 Euro. (ISBN 978-3-518-41949-6)

Der Volkspark

Am 13 Juli 1907 wurde die Kultur- und Bildungsstätte Hallescher Arbeiter, der Volkspark, eingeweiht. Bedeutende Arbeiterführer wie Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann zogen hier Massen an. Tragischer Höhepunkt war im März 1925 eine Versammlung, in der 10 Teilnehmer von Polizisten erschossen wurden, darunter Fritz Weineck. Im Wechsel der Zeiten wurde das Arbeiterheim zum Lazarett und als Reichshof zum Treff der Nationalsozialisten. In der DDR von der SED für Grossveranstaltungen genutzt und Heim verschiedener Volkskunstzirkel. Am Volkspark spiegelt sich exemplarisch ein Jahrhundert Geschichte. Zugleich ist er ein Ort privater Begegnungen - Tanz im Volkspark hat es fast zu allen Zeiten gegeben. Simone Trieder, „Ein Palast für Arbeiter 100 Jahre Volkspark“, Heft Nr.8, Broschur, 20cm x 14,8cm, Preis: 10 Euro, ISBN: 978-3-939468-09-7.